
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-
HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Sommerpressekonferenz 2009 ... Sommerpressekonferenz 2009 ... Sommerpressekonferenz 2009

– Sperrfrist: 02.07.2009, 12:00 Uhr –

Zufriedenheit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft mit der Großen Koalition in Kiel schwindet

Allerdings: Eingeschlagener Sparkurs wird positiv gewertet

Aktuelle Blitzumfrage ergibt: Nur 54 % (Vorjahr 75 %) der befragten Unternehmen zeigen sich mit der derzeitigen Arbeit der Landesregierung zufrieden

Wachholtz: Ergebnis der Umfrage ist ein Signal an die Große Koalition, die Zeit bis zur Landtagswahl kraftvoll zu nutzen

Kiel. „Das Vertrauen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in die Arbeit der Landesregierung sinkt. Nur noch 54 % (im Vorjahr 75 %) der befragten Unternehmen stellen der Landesregierung ein gutes Zeugnis aus. 41 % (Vorjahr 18 %) der befragten Betriebe zeigen sich mit der bisherigen Arbeit der Großen Koalition unzufrieden, 5 % hatten sich einer abschließenden Meinungsbildung enthalten. Die Umfrage wäre noch schlechter ausgefallen, wenn es nicht den einschneidenden Sparkurs aus dem Koalitionsausschuss vom 21. Juni d.J. gegeben hätte. Die Schieflage bei der HSH-Nordbank und die immer häufiger auftretenden Spannungen innerhalb der Großen Koalition wirken sich auch auf das Ansehen des Ministerpräsidenten aus. Nur noch 34 % (Vorjahr 72 %) der befragten Unternehmen sind mit der Arbeit des Ministerpräsidenten zufrieden. 52 % beurteilen die Arbeit des Ministerpräsidenten als verbesserungsbedürftig. Bei der Ressortbewertung durch die Unternehmen schneidet erneut das Landwirtschafts- und Umweltministerium gefolgt vom Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa am besten ab. Verbessert hat sich auch die Zustimmung der Unternehmen gegenüber dem Sozialministerium.“

1/2

Dieses Resümee aus einer soeben abgeschlossenen Blitzumfrage bei 75 Unternehmen mit fast 34.000 Beschäftigten in Schleswig-Holstein zog UVNord-Präsident Uli Wachholtz auf der Sommerpressekonferenz seiner Organisation im Kieler Kaufmann.

Gegenüber der letzten Umfrage aus dem Herbst 2008 haben sich die Zustimmungswerte für die Große Koalition in Kiel verschlechtert. Das Vertrauen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft schwindet. Die befragten Unternehmen vermissen eine stärkere Unterstützung des Mittelstandes und sehen keinen vernünftigen Ansatz für Bürokratieabbau und Deregulierung, obwohl die Vorschläge von Staatssekretär Schlie lange vorliegen. Bemängelt wird außerdem, dass die Große Koalition in Kiel kaum Ziele wie die Kreis- und Gebietsreform erreicht hat, die finanzielle Situation desolat ist und parteipolitische Querelen zur Tagesordnung gehören.

Gelobt werden die Bemühungen der Landesregierung zum Bau der festen Querung über den Fehmarnbelt und die weiteren Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Land wie z.B. zügiger Bau der A20 und der Ausbau der A7.

Die Ergebnisse der Umfrage wären besser ausgefallen, wenn die Große Koalition sich schon wesentlich früher entschieden hätte, aktiv zu werden und einen einschneidenden Sparkurs einzuschlagen, um Schleswig-Holstein zukunftsfähig aufzustellen.

Der von den befragten Unternehmen positiv aufgenommene Sparkurs ist vornehmlich als Verdienst des Ministerpräsidenten bewertet worden.

Abschlussbemerkung Wachholtz: „Das Ergebnis der Blitzumfrage bewerte ich als wichtiges Signal an die Landesregierung, nunmehr einen klaren Kurs für Wachstum und Beschäftigung zum Wohle Schleswig-Holsteins einzuschlagen. Es müssen jetzt endlich Taten folgen. In der derzeitigen Situation können wir uns Stillstand und parteipolitisches Gezänk einfach nicht leisten.“

Die vollständigen Ergebnisse der Blitzumfrage können unter www.uvnord.de abgefordert werden.

- Platz 1: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
- Platz 2: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
- Platz 3: Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
- Platz 4: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
- Platz 5: Innenministerium
- Platz 6: Ministerium für Bildung und Frauen
- Platz 7: Finanzministerium

2. Juli 2009